

Jedes Kind, das in Armut aufwächst, ist ein Kind zu viel

Bekämpfung von Kinderarmut muss endlich Priorität haben!

In Armut aufzuwachsen bedeutet ein Aufwachsen ohne das Nötigste und damit ein erhebliches Risiko für kindgerechtes Aufwachsen, Erfahrungen von Ausgrenzung und fehlender Teilhabe von Anfang an. In Armut aufwachsen bedeutet neben einer materiellen Unterversorgung und mangelnder sozialer und kultureller Teilhabe auch ein erhöhtes Risiko für die Gesundheit sowie geringere Bildungschancen.



Status quo

Die Zahlen sind zwischenzeitlich hinreichend bekannt: In Deutschland leben rund drei Millionen Kinder in Armut, davon beziehen zwei Millionen SGB II-Leistungen. In Bayern leben ca. 150.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien mit Hartz IV-Bezug. „Im Vergleich zu anderen Bundesländern“, so argumentiert das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales immer wieder, „stehen wir gut da“. In absoluten Zahlen mag dies zutreffen, in einem reichen Bundesland wie Bayern ist es ein besonderes Armutszeugnis, wenn Kinder und Jugendliche nicht ausreichend Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten.

Die bisherige Familienpolitik hat kaum etwas dazu beigetragen, um die Zahl der in Armut lebenden Kindern und Jugendlichen zu reduzieren. Familienleistungen – mögen sie noch so gut gemeint sein – kommen bisher nicht bei den Kindern und Jugendlichen an, dies sie am dringendsten benötigen. Sie sind zu wenig bekannt, nicht transparent, bedeuten in der Regel bürokratische Antragsverfahren oder werden mit den SGB II-Leistungen verrechnet. Profitiert haben vor allem Familien mit höheren Einkommen. Auch das in Bayern neu eingeführte Familiengeld kommt entgegen lautstarker Beteuerungen bei vielen armen Familien nicht automatisch an. Zudem ist die propagierte Anrechnungsfreiheit bis heute nicht rechtlich geklärt.

Wirkungsvolle Ansätze und Forderungen

Die eaf bayern: Der familienpolitische Verband von Kirche und Diakonie in Bayern tritt seit vielen Jahren für Familienleistungen ein, die bei den Familien und insbesondere bei den Kindern direkt ankommen und fordert neben ausreichend und gut zugänglicher Infrastruktur familienfreundliche Arbeitsplätzen vor allem ein entsprechendes und ausreichendes Existenzminimum für Kinder und Jugendliche in Form einer Kindergrundsicherung. Mit der Aktionskarte „Politik für Familien – für einen Perspektivwechsel“ wurde diese Forderung auch im Rahmen der Landtagswahl in Bayern im Herbst 2018 neu formuliert. Weitere Informationen unter www.eaf-bayern.de/Positionen

Die BertelsmannStiftung: Das Vorurteil gegenüber den Eltern, die direkten Transferleistungen nicht für die Kinder zu verwenden

Inhalt dieser Ausgabe

Bekämpfung von Kinderarmut muss Priorität haben.....Seite 1
Herausforderung Vereinbarkeit von privater Pflege
und ErwerbstätigkeitSeite 2

20 Respekt-Coaches gehen an den StartSeite 3
Nachrichten.....Seite 4

den, sondern „zweckentfremdet“ verwenden, räumt die von der BertelsmannStiftung in Auftrag gegebene aktuelle Studie „Kommt das Geld bei den Kindern an?“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) aus. Sie kommt zu zwei wesentlichen Ergebnissen: Die Leistungen werden für größere Wohnungen, Hobbys sowie Betreuung und Bildung der Kinder ausgegeben. Ebenso widerlegt die Studie, dass der direkte Bezug von Leistungen nicht dazu führt, den Umfang der Arbeit zu reduzieren. Die BertelsmannStiftung fordert dazu unter „Politik vom Kind aus denken“ ein sog. Teilhabegeld. Weitere Informationen unter www.bertelsmann-stiftung.de/Kinderarmut

Die Nationale Armutskonferenz: Anlässlich des 13. Treffens der Menschen mit Armutserfahrung am 7.11.18 forderte die Nationale Armutskonferenz – mit Hinweis auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention – zusammen mit Kinder-, Familien- und Wohlfahrtsverbänden in einer (weiteren) gemeinsamen Erklärung die Bundespolitiker*innen auf, „mit großer Priorität wirksam und zielgerichtet die Armut von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien zu bekämpfen“. Die eaf bayern hat diese Erklärung neben vielen anderen Verbänden und Bündnissen mitunterzeichnet. Die Erklärung „Bekämpfung von Kinderarmut muss Priorität haben“ und eine Übersicht über die Mitzeichnenden finden Sie unter https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2018/11/Erkl%C3%A4rung-Ratschlag-Kinderarmut-2018-11-7_x.pdf

Kontakt:
 Renate Zeilinger
 Geschäftsführerin der eaf bayern
 Referentin für Familienfragen der Diakonie Bayern
zeilinger@diakonie-bayern.de

Herausforderung

Vereinbarkeit von privater Pflege und Erwerbstätigkeit

Das diesjährige Zertifikatsträgertreffen Gütesiegel Familienorientierung der Diakonie Bayern befasste sich mit dem Thema „Mitarbeitende mit privater Pflegeverantwortung - Situation und personalpolitische Herausforderungen“. Svenja Pfahl, Geschäftsführerin des Sozialwissenschaftlichen Instituts SowiTra in Berlin referierte dazu aus den Ergebnissen der 2014 durchgeführten Studie „Pflegesensible Arbeitszeiten – Arbeitszeitrealitäten und –bedarfe von pflegenden Beschäftigten“ und stellte dazu gemeinsam mit ihrem Kollegen und zweitem Geschäftsführer des Instituts, Stefan Reuyß, folgenden Beitrag zur Verfügung.

Die „andere“ Vereinbarkeit: Pflege und Beruf in Einklang bringen

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Altern und Pflege wird in Zukunft noch mehr als gegenwärtig in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rücken. Schon heute ist nahezu jede vierte Person älter als 60 Jahre, im Jahre 2025 wird es fast jede dritte Person sein. Schon heute gibt es in Deutschland mehr pflegebedürftige Personen als Kinder unter drei Jahren, in weniger als 20 Jahren wird es mehr Pflegebedürftige als Kinder unter sechs Jahren geben und in den nächsten Jahrzehnten wird die Zahl der Pflegebedürftigen weiter deutlich ansteigen.



Svenja Pfahl



Stefan Reuyß

Drei Viertel der derzeit 2,9 Millionen Pflegebedürftigen werden zuhause von Angehörigen versorgt, zum Teil mit professioneller Unterstützung durch Pflegedienste. Die Hauptpflegenden sind dabei ganz überwiegend Frauen, Männer hingegen übernehmen häufiger die Unterstützerrolle. Pflegenden gehören häufig der Generation zwischen 40 und 64 Jahren an. Immer häufiger handelt es sich bei pflegenden Frauen zugleich um erwerbstätige Frauen (gleichermaßen in Vollzeit oder Teilzeit), die Pflegeaufgaben neben ihrem Beruf und der eigenen Familie übernehmen.

Aktuell sind bereits 10 Prozent aller abhängig beschäftigten Frauen sowie 8 Prozent der Männer mit Pflegeaufgaben befasst. Knapp die Hälfte von ihnen wendet zwischen 5 und 15 Stunden pro Woche für die häusliche Pflege auf, ein Viertel sogar noch mehr. Damit berührt die Frage nach der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf faktisch alle Unternehmen in Deutschland, da überall pflegende Beschäftigte in den Belegschaften zu finden sind. Auch wenn längst noch nicht in allen Betrieben offen über dieses anspruchsvolle Thema gesprochen wird.

Bedeutung und Herausforderung

Für viele pflegende Beschäftigte ist die eigene Erwerbstätigkeit von sehr hoher Bedeutung, stellt sie doch ein Gegengewicht zur Pflege dar. Oftmals ist die Erwerbsarbeit erst der Garant dafür,

dass die private Pflegesituation überhaupt längerfristig gemeistert werden kann. Denn die eigenen Arbeitszeiten setzen Grenzen der Verfügbarkeit für die täglichen Pflegeaufgaben, die auch von den gepflegten Angehörigen akzeptiert werden. Die Erwerbsarbeit ist damit legitime Auszeit von der pflegerischen Verantwortung, sie stiftet soziale Kontakte und Anerkennung, sie verlangt andere Kompetenzen ab, sie bietet unmittelbare Erfolgserlebnisse. „Das ist für mich mehr oder weniger fast Freizeit, wenn ich arbeiten gehe“, so formuliert es ein langjährig pflegender Werkstatteiter.

Insofern darf sich die Frage von Pflege und Erwerbstätigkeit nicht als „Entweder-Oder“ darstellen. Vielmehr muss sie als Herausforderung gesehen werden, bei der es – neben Aspekten von Arbeitsorganisation und Betriebskultur – vor allem um eine pflegesensible Arbeitszeitgestaltung geht. D.h. um eine bedarfsgerechte Ausgestaltung von Dauer, Lage und Verteilung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten, kombiniert mit kürzeren und längeren Auszeiten, je nach Pflegeverlauf und darin auftretenden Anforderungen.

Ziel und Erfordernisse

Das Ziel sollte sein, eine Balance zwischen Pflege, Beruf, eigener Erholung und sozialer Teilhabe für die Betroffenen sicherzustellen. Hierzu können Betriebe ganz wesentlich beitragen: durch Arbeitszeitangebote, Freistellungsmöglichkeiten, einer Enttabuisierung des Themas und einer offenen Kommunikation im Betrieb, Aufklärung über gesetzliche Ansprüche sowie einer für Pflegesituationen sensiblen Arbeitsorganisation. Eine lebenslauforientierte Personalpolitik berücksichtigt nicht nur Familiengründung und Schulkind-Phasen der Beschäftigten, sondern auch ihre Pflegeverantwortung gegenüber Angehörigen. Ausführlichere Informationen finden Sie unter: www.boeckler.de/pdf/p_pfllegesensible_arbeitszeiten.pdf

Kontakt:

Svenja.Pfahl@sowitra.de

stefan.reuyss@sowitra.de

Sozialwissenschaftliches Institut SowiTra, Berlin

www.sowitra.de

Bundsvorhaben nun auch in Bayern 20 Respekt-Coaches starten

In Bayern sind es 20 neue „Respekt Coaches“, bundesweit über 200, die an Schulen vor Ort arbeiten, um mit Akteuren der gesellschaftspolitischen Jugendbildung (GPJ) primärpräventive Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Umsetzungspartner sind die Jugendmigrationsdienste (JMD), Schulen, Träger der GPJ und öffentliche Träger der Jugendhilfe.

Zentrale Ziele

Ihre zentralen Ziele sind sowohl die Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung der Jugendlichen (Selbstwertgefühl, Selbstständigkeit, Einfühlungsvermögen und Verantwortungs-



bewusstsein einerseits, Fähigkeiten zur Eigenverantwortung, Kom-

munikation, Kooperation und Konfliktfähigkeit andererseits) als auch die Wissensvermittlung und das Empowerment.

Junge Menschen sollen dabei lernen, sich vor Radikalisierung zu schützen. Dabei spielt nicht nur die Stärkung junger Menschen als mündige, demokratisch gebildete Bürger*innen eine wichtige Rolle. Auch das Aufzeigen von Lebensperspektiven durch sozialpädagogische Begleitung und beim Übergang Schule und Beruf stabilisieren junge Menschen.

Struktur des Projektes

Seit September sind die Respekt Coaches an Schulen unterwegs und stellen dort eine Ergänzung zu den landes- und kommunalgeförderten Jugend- und Schulsozialarbeit dar. Hierzu hat die ejsa Bayern gemeinsam mit den JMD-Verantwortlichen und Akteur*innen der GPJ eine Vernetzungs- und Arbeitsstruktur aufgebaut. Beteiligt sind auch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) sowie die Aktion Jugendschutz Bayern.

Begleitende Angebote



Die JMD bieten ergänzend sozialpädagogische Beratung und Begleitung für Schüler*innen an, die einen besonderen Unterstützungsbedarf beim Übergang Schule Beruf haben. Durch individuelle Beratung soll verhindert werden, dass fehlende Lebensperspektiven zu einem Radikalisierungsfaktor werden.

Die vielfältigen Gruppenangebote sollen mit Playern der gesellschaftspolitischen Jugendbildung vor Ort stattfinden.

Erste Praxiserfahrungen zeigen, dass es bislang nur wenig Angebote im primärpräventiven Bereich gibt, die im Schulalltag bereits umgesetzt werden. Daher entwickeln die Respekt Coaches mit ihren Partnern neue Konzepte, Methoden und Angebote, die individuell auf die Herausforderungen der Schulen zugeschnitten sind.

Bei einem Fachtag am 18.12.2018, - organisiert von der ejsa Bayern - wurden auf der Grundlage der multifaktoriellen Ursachen von religiös begründetem Extremismus, primärpräventive Ideen und Handlungsansätze mit Expert*innen diskutiert.

Ahmad Mansour („Klartext zu Integration - Gegen falsche Toleranz und Panikmache“) steht als Experte zum Austausch zur Verfügung.

Weitere Infos unter www.ejsa-bayern.de/projekte/alles-glaubenssache und www.lass-uns-reden.com

Kontakt:

„Respekt Coaches“: Burkhardt Wagner
wagner@ejsa-bayern.de

Projekt „Alles Glaubenssache?“: Nicole Bartsch
bartsch@ejsa-bayern.de

Nachrichten

Handreichung zum Umgang mit Rechtspopulismus

Die Diakonie Deutschland hat Ende November eine Handreichung zum Umgang mit Rechtspopulismus vorgestellt. Diakoniepräsident Ulrich Lilie dazu in der Pressemitteilung: „Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte stellt auch die Diakonie vor neue Herausforderungen. Wir dulden in unseren Einrichtungen keinen Rassismus oder Antisemitismus, keine Ausgrenzung oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, erklärt der Diakonie-Chef weiter.

„Die Diakonie bleibt bei ihrem christlichen Selbstverständnis und an der Seite der Schwachen und Benachteiligten“, sagt Lilie. Die Angebote der Diakonie stehen allen Menschen offen, unabhängig von Hautfarbe und Geschlecht, Weltanschauung und Religion.“ Die Broschüre „Umgang mit Rechtspopulismus“ finden Sie unter <https://www.diakonie.de/broschueren/handreichung-zum-umgang-mit-rechtspopulismus>

Neues Familienportal digital

Auszug aus der Pressemitteilung v. 4.8.18: „Das Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend hat im August das „Informationstool Familienleistungen“ www.infotool-familie.de freigeschaltet.

Mit Hilfe des digitalen Angebotes können (werdende) Eltern und Familien künftig schnell und einfach herausfinden, welche Familienleistungen und ggf. weitere Unterstützungsangebote für sie in Frage kommen.

Zudem lässt sich dort abrufen, unter welchen Voraussetzungen die Leistungen beantragt werden können. Für das Bundesfamilienministerium ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger umfassend über familienpolitische Leistungen und Möglichkeiten zu informieren. Alle müssen die Möglichkeit haben, in Anspruch zu nehmen, was ihnen zusteht.

Verleihung Diakonie-Gütesiegel Familienorientierung im Oktober

Gleich neunmal konnten im Rahmen der Geschäftsführendenkonferenz der Diakonie Bayern diakonische und kirchliche Träger und Dienste für ihr Engagement in der Familienorientierung mit dem Diakonie-Gütesiegel Familienorientierung ausgezeichnet werden. Das Besondere bei der diesjährigen Verleihung: Alle erhielten das Zertifikat zum wiederholten Mal, wurden also rezertifiziert. Ein Beleg dafür, mit welcher Kontinuität die Familienorientierung in der bayerischen Diakonie vorangebracht wird.

Rezertifiziert wurden die Diakonie Bamberg-Forchheim, die Evangelische Schulstiftung in Bayern, die Herzogsägmühle und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt. Sie alle haben das Gütesiegel erstmals im Jahr 2010 erworben. Erstmals 2014 zertifiziert und nun erneut ausgezeichnet wurden die Diakonie für Kinder und Jugend in Neunkirchen sowie die Diakonie Landshut. 2015 haben die Evangelische Jugendsozialarbeit und der Evangelische KITA-Verband das Gütesiegel Familienorientierung erstmalig und 2018 die Verlängerung des Zertifikates erhalten.

Damit profitieren inzwischen über 12.000 Mitarbeitende in Diakonie und Kirche von einer verbindlichen und verlässlichen Familienorientierung ihres Arbeitgebers. Weitere Informationen zum Diakonie-Gütesiegel Familienorientierung unter <https://www.diakonie-bayern.de/die-diakonie-in-bayern-die-arbeitsfelder/familien/familienfragen.html>

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)
 1. Vorsitzende: Sandra Schuhmann, 2. Vorsitzender: Sebastian Oehme, 3. Vorsitzende: Elke Hüttenrauch
Geschäftsführerin und Redaktion: Renate Zeilinger
 Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
Internet: www.eaf-bayern.de, info@eaf-bayern.de
 Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.
Bildnachweis: Diakonie Bayern
Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg
 FPI 4 Oktober/November/Dezember 2018, 29. Jahrgang